Bochum, 5.12.1968

An alle Mitglieder der Abteilung für Sozialwissenschaft:

Betr.: Die neue Studienordnung (SO)

Vorbemerkung: Gestern, am 4.12.1968, fand von 15.30 bis 19.30 Uhr eine ao. Fakultätssitzung statt, um die seit langem geplante Grundsatzdebatte über die Neuordnung des Studiums an der sozialwissenschaftlichen Abteilung zu führen.

Diese Sitzung kann wohl ohne Übertreibung als Tiefschlag für alle studentischen und sonstigen Mitglieder der Abteilung angesehen werden, die sich bislang um Mitbestimmung bemüht hatten.

In einem ersten Teil unserer Berichterstattung bringen wir die Vorgeschichte der gestrigen Sitzung und erste Ergebnisse.

Zur Vorgeschichte der Grundsatzdebatte der Fakultät über eine neue Studienordnung:

Am 25.10.68 hat eine o.Fachschaftsvollversammlung mit großen Mehrheiten Grundsätze für eine neue Studienordnung beschlossen. Das entsprechende Papier war der Fakultät am 30.10.1968 vorgelegt worden. In jener wie auch in der darauffolgenden Fakultätssitzung ist die Forderung der Fachschaftsvertreter, über diese Grundsätze zu verhandeln und zu beschließen, abgelehnt worden.

Die Ablehnung wurde jeweils mit folgenden Argumenten begründet:

a) Der Dekanatsassistent für Studien- und Prüfungsordnungsfragen, Herr Pankoke, sei damit beauftragt worden, alle bislang eingegangenen Vorschläge zu sammlen und zu systematisieren.

b) Eine Grundsatzdebatte zu Ende Jahres solle auf einer ao.Fakultätssitzung zu Fragen der Studien- und Prüfungsordnung geführt werden. Man können nicht irgendein Papier ad hoc diskutieren. Man müsse Zeit haben, sich gründlich auf eine Diskussion über diesen Fragenbereich vorzubereiten.

c) Am 10.1.1969 finde eine Praktikertagung statt mit dem Ziel, von den Praktikern genauer zu erfahren, welche Studiengänge konkrete Berufsaussichten erschließen. Die Tagung würde sinnlos, wenn die Fakultät vorher schon Beschlüsse über unsere Grundsätze fasse.

Die Fachschaftsvertreter bedauerten diese Ablehnung und reagierten auf die einzelnen Begründungen in folgender Weise:

ad a

Eine synoptische Systematisierung der verschiedenen Vorschläge sei wenig sinnvoll, da jeder Vorschlag in sich schlüssig sein und in seinem eigenen Zusammenhang verstanden werden müsse.

Punktuelle Vergleiche mit anderen Vorschlägen (z.B.wie hältst Du es mit der Zwischenprüfung? wieviele Pflichtfächer hast Du vorgesehen? ...) seien ziemlich wertlos. Vielmehr müßten die Vorschläge jedem Abteilungsmitglied zugänglich sein. Eventuelle Vergleichungen müßten jedem Interessierten aufgrund der ihm vorliegenden ungekürzten Vorschläge selber überlassen bleiben.
Wir stellten den Antrag, mindestens eine Woche vor der entsprechenden ao.Fakultätssitzung die bis dahin eingegangenen Vorschläge zu veröffentlichen. Der Antrag wurde von der Fakultät mit großer Mehrheit angenommen.

ad b

Die Grundsatzdebatte müsse möglichst frühzeitig, auf jeden Fall noch im November stattfinden, damit noch in diesem Jahr die Grundsätze der SO beschlossen werden könnten.
Dieser Antrag wurde (ohne die Begründung zu akzeptieren) ebenfalls mit großer Mehrheit angenommen.

Außerdem stellten wir den Antrag, diese ao.Fakultätssitzung öffentlich stattfinden zu lassen. Ohne Diskussion über die Bedeutung von Öffentlichkeit hat die Fakultät diesen Antrag abgelehnt. Unser Argument, daß die Neufassung der SO für jeden Studierenden von unmittelbarer Bedeutung sei, so daß die Öffentlichkeit dringend erforderlich sei, wurde nicht beachtet. Dafür hat die Fakultät beschlossen, nach der Diskussion in der Fakultät und vor der Praktikertagung auf einer Fachschaftsvollversammlung diesen Fragenkomplex zu kiskutieren.

Dem Argument, daß man nicht ad hoc über Fragen der SO diskutieren könne, hielten wir entgegen, daß diese Fragen seit mindestens zwei bis drei Semestern dringend akut seien; die Fakultät könne sich nicht darauf hinausreden, daß sie sich darüber noch keine Gedanken gemacht habe. (Im Frühjahr 1968, z.B., fand an einem Sonntag eine achtstündige Sondersitzung zur Erörterung dieser Fragen statt./ Daß zur Klärung der neuen SO eine Praktikertagung stattfinden sollte, beschäftigte die Fakultät während Sommer und Herbst dieses Jahres.) Trotzdem lenkten wir ein und forderten eine Kommission, besetzt mit Vertretern aller Personengruppen, um für die nächste Fakultätssitzung eine entsprechende Beschlußfassung vorzubereiten. Unser Vorschlag wurde ohne Diskussion abgelehnt mit der Bemerkung, daß man mit Kommissionen auf diesem Gebiet keine guten Erfahrungen gemacht hätte.

ad c

Wir erläuterten unsere Ansicht, daß die Praktikertagung in keinerlei Gegensatz stünde zu unseren Grundsätzen einer neuen SO. Unsere Grundsätze garantierten ein optimal flexibles Studium. Würde die Fakultät diese Grundsätze beschließen, erhielte die Praktikertagung erst ihre eigentliche Funktion: sie könnte dann nämlich zu konkreten Empfehlungen führen bezüglich bestimmter Studiengänge, die zu bestimmten Berufsmöglichkeiten führen. Diese Empfehlungen könnten zwangfrei innerhalb unserer Grundsätze von jedem Studierenden verwirklicht werden.

Folge man andererseits der Auffassung der Fakultät, daß vor der Praktikertagung keine Beschlüsse gefaßt werden dürften, so bleibe der Eindruck unvermeidlich, daß die Fakultät sich außerstände sähe, nach wissenschaftlich begründeten Kriterien einen Rahmenplan für eine SO auszuarbeiten; sich dafür aber kritiklos den Anforderungen einer als "Praxis" umschriebenen Gesellschaft ausliefere. Damit würden die Sozialwissenschaften ihre eigentliche Funktion, nämlich ihre gesellschaftskritische Aufgabe genau verfehlen.

Diese Stellungnahme wurde von der Fakultät diskussionslos verworfen.

In der o.Fakultätssitzung vom 13.11.68 wurde vornehmlich über Fragen des künftigen Ausbaus unserer Abteilung mit weiteren Lehrstühlen beraten und beschlossen. Als Fachschaftsvertreter haben wir in diesem Zusammenhang erneut gefordert, zunächst über einige Grundsätze zur SO zu beschließen. Konkret stellten wir folgenden Antrag:

Bei Beschlußfassung der SO für die Abteilung VIII ist zu berücksichtigen, daß grundsätzlich auch abteilungsfremde Fächer im Rahmen der Studienordnungen studiert werden können.

Wir begründeten diesen Antrag damit, daß es unmöglich sei, den endgültigen Ausbau der Abteilung zu beschließen, ohne sich Gedanken zu machen über das Studium, was hier stattfände, z.B.sei für eine sinnvolle Diskussion über den Endausbau unbedingt ein Beschluß notwendig, ob die Fakultät beabsichtige, in ihrer späteren SO ein Studium vorzusehen, das grundsätzlich nach allen Abteilungen hin offen ist.

Unser Antrag wurde mit geschäftsordnungsmäßiger Begründung abgelehnt unter Hinweis daß Fragen der SO nicht auf der Tagesordnung stünden.

Dieser Ablehnung schloß sich unmittelbar folgender Antrag eines professoralen Fakultätsmitgliedes an: 1) Die Beratungen über den Ausbau der Abteilung präjudizieren die Beratungen über den Ausbau der SO nicht. 2) Die Abteilung vereinbart, bei diesen Beratungen die Frage der Einordnung von Studienfächern anderer Abteilungen sorgfältig zu prüfen.

Dieser Antrag wurde, abgesehen von einer (quantitativ) minimalen Minderheit unter den Professoren, bedenkenlos angenommen.

Was sich seit diesen beiden Fakultätssitzungen im Zusammenhang mit den angesprochenen Punkten zugetragen hat, ist kurz zusammenzufassen:

ad a

1) Die von Herrn Papalekas beabsichtigte und von Herrn Pankoke durchgeführte Systematisierung ist trotz Bedenken der Fachschaft für alle Fakultätsmitglieder vervielfältigt worden. Die Beschlüsse der Fachschaftsvollversammlung bleiben darin weitgehend unberücksichtigt.

2) Hingegen wurden die Vorschläge selbst nie veröffentlicht.

ad b

1 Die Grundsatzdebatte hat gestern stattgefunden. Jedem Fakultätsmitglied wurden bislang eingegangene Vorschläge (8 insgesamt) überreicht. D.h., die z.T.mit viel Mühe erarbeiteten Vorschläge konnten von den Fakultästmitgliedern nicht zur Vorbereitung herangezogen werden.

2 Die Fakultät war allgemein so gut wie unvorbereitet. Während der Sitzung fiel einem Fakultätsmitglied ein Modell für einen Rahmenplan künftiger Studienordnungen ein. "Dankbar" (der Dekan) für diesen Einfall wurde dann nur noch über dieses rational nicht näher begründete Zufallsprodukt diskutiert.

3 Die vervielfältigten Vorschläge wurden nicht ein einziges Mal herangezogen. An die Empfehlungen der vorgestrigen Assistentenvollversammlung wurde wenigstens zweimal erinnert. Die Grundsätze der Fachschaft wurden nicht ein einziges Mal erwähnt, geschweige denn diskutiert!

Zum Ausgang der Strukturdebatte:

Bei der Lehrstuhl-Festsetzung wurde deutlich, was der Antrag der Nichtpräjudizierung einer künftigen SO für die Fakultät bedeutete. Gemäß den Fachschaftsgrundsätzen für eine neue SO beantragten die Fachschaftsvertreter einen Lehrstuhl für Politische Ökonomie einzurichten. Die Fakultät witterte Marx und fand wenig Geschmack an einem solchen Lehrstuhl. Als wir darauf hinwiesen, daß die Fachschaft dieses Fach für so wichtig halte, daß es in den Grundsätzen sogar zum alternativen Pflichtfach gemacht wurde, reagierte die Fakultät sehr heftig mit dem Vorwurf an uns, wir würden sie erpressen. Die Zitierung eines Fachschaftsbeschlusses wird als Erpressung gewertet. Der Lehrstuhl abgelehnt; das Präjudiz war vollkommen.

Mit der Gesamtliste von Lehrstühlen zog der Dekan vor die Senatskommission für Strukturfragen. Die Kommission beschloß, dem Senat zu empfehlen, überhaupt keinen Lehrstuhl zu genehmigen, solange der Strukturplan nicht auf einer sinnvollen Vorstellung über das Studium beruhe. Eine Forderung die genau unserer von der Fakultät mißachteten Argumentation entsprach.

Für die Fachschaft ist mit dieser Entwicklung der jüngsten Zeit jegliche Wahrscheinlichkeit zunichte gemacht worden, die Zustände an dieser Abteilung zusammen mit den Professoren zu verändern. Sinnvolle Beschlüsse werden in wesentlichen Punkten durch eine Fakultät verhindert, die rationaler Diskussion nicht mächtig ist. Der Beweis für diese Behauptung soll exemplarisch geführt werden, indem wir als Fortsetzung dieses Berichtes ein ausführliches Verlaufsprotokoll der gestrigen ao.Fakultätssitzung für jedes Abteilungsmitglied vervielfältigen werden.

---

gez.: Karlheinz Heinemann
Rainer Duhm